

Verordnung über das Verfahren in den Behörden (BVV)
(vom 1. Juli 2021)

Die Einwohnergemeindeversammlung Altdorf,

gestützt auf Artikel 18 des Gemeindegesetzes (GEG)¹ und auf Artikel 110 Absatz 1 Buchstabe a der Verfassung des Kantons Uri (KV)²,

beschliesst:

1. Kapitel: **GEGENSTAND, GELTUNGSBEREICH UND BEGRIFFE**

Artikel 1 Gegenstand

¹ Diese Verordnung regelt das Verfahren in den Behörden.

² Sie vollzieht Artikel 18 GEG.

Artikel 2 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung gilt für alle Behörden der Gemeinde Altdorf.

² Welche Gremien als «Behörde» im Sinne dieser Verordnung gelten, bestimmt sich nach dem GEG.

2. Kapitel: **ORGANISATORISCHE BESTIMMUNGEN**

Artikel 3 Hinweis auf das kantonale Recht

¹ Die Grundzüge der Behördenorganisation und der Behördentätigkeit richten sich nach der KV, dem GEG und der Gemeindeordnung (GO).

² Die Verhandlungen der Behörden sind nicht öffentlich.

Artikel 4 Aufgabendelegation

Im Rahmen des GEG und der GO können Behörden bestimmte Aufgaben einem Behördenausschuss, einem einzelnen Behördenmitglied oder einem bzw. einer Verwaltungsangestellten delegieren.

¹ RB 1.1111

² RB 1.1101

1.13

(Juli 2021)

Artikel 5 Besondere Befugnisse des Präsidiums a) vorsorgliche Massnahmen

¹ Um einen Zustand zu erhalten oder bedrohte rechtliche Interessen zu sichern, kann das Präsidium vorsorgliche Massnahmen anordnen, wenn die Behörde zuständig ist und ein zeitlich dringender Fall vorliegt.

² Die Behörde ist an der nächstfolgenden Sitzung zu orientieren.

Artikel 6 b) Präsidialentscheid

¹ Kann aus wichtigen Gründen weder eine Sitzung der Behörde rechtzeitig einberufen noch das Zirkularverfahren rechtzeitig durchgeführt werden, entscheidet der Präsident beziehungsweise die Präsidentin.

² Der Beschluss ist der Behörde nachträglich zur Genehmigung zu unterbreiten und als Beschluss ins Protokoll aufzunehmen.

Artikel 7 Leitung, Vertretung und Stellvertretung

¹ Der Präsident bzw. die Präsidentin leitet die Behörde. Er bzw. sie vertritt die Behörde nach aussen.

² Ist er oder sie verhindert, übernimmt das Vizepräsidium dessen bzw. deren Aufgaben. Ist auch dieses verhindert, übernimmt das amtsälteste Behördenmitglied die Aufgaben.

Artikel 8 Unterzeichnung

¹ Der Präsident bzw. die Präsidentin unterzeichnet zusammen mit dem Sekretär bzw. der Sekretärin die Schriftstücke, die von der Behörde ausgehen.

² Die Behörde kann die Unterschriftsberechtigung im Einzelfall mit Beschluss oder generell mit einem Reglement einzelnen Mitgliedern oder dem Sekretär bzw. der Sekretärin delegieren.

3. Kapitel: **VERFAHRENSORDNUNG**

1. Abschnitt: **Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 9 Beschlussfähigkeit

¹ Die Behörde ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte, mindestens aber drei Mitglieder, anwesend ist.

² Vorbehalten bleiben die Fälle des gesetzlichen Ausstands.

Artikel 10 Beschlussfassung

¹ Ein Beschluss ist gültig gefasst, wenn die Mehrheit der Stimmenden ihm zustimmen.

² Der bzw. die Vorsitzende stimmt nicht, ausser bei Wahlen. Bei Abstimmungen gibt der Vorsitzende bzw. die Vorsitzende den Stichentscheid. Bei Wahlen entscheidet das Los.

³ Die gefassten Beschlüsse sind für das ganze Kollegium verbindlich.

Artikel 11 Teilnahmepflicht

Die Behördenmitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Verhinderungen sind dem Präsidium oder dem Sekretariat vor der Sitzung unter Angabe des Grundes mitzuteilen.

Artikel 12 Vorsitz

Der Präsident bzw. die Präsidentin der Behörde leitet die Verhandlungen.

Artikel 13 Weitere Teilnehmer

¹ Der Sekretär bzw. die Sekretärin nimmt an den Sitzungen der Behörde mit beratender Stimme teil.

² Die Behörde kann Angestellte der Gemeinde und Personen, die ausserhalb der Verwaltung stehen, beiziehen.

2. Abschnitt: **Ablauf der Sitzung**

Artikel 14 Einberufung

¹ Der Präsident bzw. die Präsidentin beruft die Sitzungen der Behörde ein. Eine Sitzung ist zudem einzuberufen, wenn mindestens drei Mitglieder es verlangen.

² Die Sitzung wird in der Regel schriftlich einberufen. Mit der Einladung ist eine Traktandenliste zu versenden.

Artikel 15 Unterlagen

Sofern die Behörde nichts anderes beschliesst, gelten folgende Regeln:

- a) Die Geschäfte werden in der Regel aufgrund schriftlicher Anträge beraten.
- b) Diese sind den Behördenmitgliedern mit der Einberufung zur Sitzung zuzustellen.

1.13

(Juli 2021)

- c) Bei umfangreichen Geschäften sind Unterlagen und Anträge in geeigneter Form zur Einsicht aufzulegen.

Artikel 16 Reihenfolge der Behandlung

¹ Die Geschäfte werden gemäss der Traktandenliste behandelt, sofern die Behörde nichts anderes beschliesst.

² Nicht traktandierte Geschäfte werden nur behandelt, wenn die Mehrheit der anwesenden Behördenmitglieder dem zustimmen.

Artikel 17 Beratung

¹ Das Behördenmitglied, das für die Vorbereitung des Geschäfts verantwortlich ist, erläutert das Geschäft. Ist kein Mitglied für die Vorbereitung bestimmt, berichtet das Präsidium oder das Sekretariat darüber.

² Anschliessend eröffnet das Präsidium die Diskussion. Das Wort wird so lange erteilt, bis sich niemand mehr meldet oder bis Schluss der Diskussion beantragt und beschlossen wird.

Artikel 18 Anträge a) zur Sache

¹ Jedes Mitglied der Behörde ist berechtigt, zum Verhandlungsgegenstand Anträge zu stellen, um das Geschäft abzuändern, abzulehnen oder zurückzuweisen.

² Bei Wahlgeschäften kann jedes Mitglied Wahlvorschläge einbringen.

Artikel 19 b) Ordnungsanträge

¹ Jedes Mitglied der Behörde ist berechtigt, jederzeit einen Ordnungsantrag zu stellen, über den sofort abzustimmen ist.

² Als Ordnungsanträge gelten:

- a) Anträge zur Handhabung dieser Verordnung;
- b) Anträge, auf einen Beschluss zurückzukommen;
- c) Anträge, die Sitzung zu unterbrechen;
- d) Anträge, das beratene Geschäft zu verschieben;
- e) Anträge auf Schluss der Diskussion.

Artikel 20 Beschlüsse
a) Form

¹ Die Behörden stimmen offen ab.

² Das Gleiche gilt für Wahlen, die die Behörden zu treffen haben.

Artikel 21 b) Vorgehen

¹ Ist die Diskussion abgeschlossen, wird über das Geschäft abgestimmt.

² Liegt kein Antrag vor, um das Geschäft abzuändern, abzulehnen oder zurückzuweisen, gilt das Geschäft als angenommen.

Artikel 22 c) Zirkularbeschluss

In zeitlich dringenden Fällen kann die Behörde Beschlüsse auf dem Zirkularweg fassen. Darüber ist an der nächsten Sitzung zu informieren, und die Zirkularbeschlüsse sind im Protokoll zu vermerken.

Artikel 23 Rückkommen

Auf einen gefassten Beschluss kann zurückgekommen werden, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder das verlangt.

Artikel 24 Protokoll

¹ Sämtliche Beschlüsse sind zu protokollieren. Im Protokoll sind zudem die anwesenden Mitglieder der Behörde sowie allfällige Ausstandsfälle zu vermerken.

² Das Protokoll ist regelmässig an der nächsten Sitzung der Behörde zu genehmigen.

Artikel 25 Eröffnung der Beschlüsse

¹ Beschlüsse der Behörden werden erst nach der Protokollgenehmigung Dritten eröffnet.

² In dringenden Fällen kann die Behörde beschliessen, einen Beschluss zu eröffnen, bevor das Protokoll genehmigt ist.

³ Zirkularbeschlüsse werden stets sofort eröffnet.

1.13

(Juli 2021)

4. Kapitel: **SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

Artikel 26 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt zusammen mit der Gemeindeordnung in Kraft.¹

² Sie gilt nur, wenn die gleichzeitig der Gemeindeversammlung vorgelegte Gemeindeordnung und die Verordnung über das Verfahren an der Gemeindeversammlung angenommen werden. Andernfalls fällt sie dahin.

Im Namen der Einwohnergemeinde Altdorf

Der Präsident: Pascal Ziegler

Die Gemeindegemeinschaft: Anja Ebnöther

¹ Vom Gemeinderat in Kraft gesetzt auf den 1. Juli 2021